

# Einleitung

---

„Lawlessness and criminal violence have become integral to depictions of postcolonial societies, adding a brutal edge to older stereotypes of underdevelopment, abjection, and sectarian strife. [...] Mounting images - of Colombian druglords and Somali warlords, Caribbean pirates and Nigerian gangsters, Afghani poppies and Sierra Leonean blood diamonds - add up to a vision of global enterprise run amok: a Hobbesian nightmare of dissipated government, suspended law, and the routine resort to violence as a means of production.“

(COMAROFF/COMAROFF 2006: 6).

## AUSGANGSPUNKTE: ENTHEGTE GEWALT, KONTROLLVERLUST, KRIMINALITÄT

Mediale Bilder von Kolumbien oder Mexiko rufen häufig Assoziationen wie Konflikt oder Drogenhandel hervor. In Kolumbien scheinen Gewaltakteure (Guerillas, Paramilitärs, „Kartelle“) in Politik und Wirtschaft verstrickt; die kolumbianischen „druglords“ gelten als Paradebeispiel für enthegte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung; der bewaffnete Konflikt währt bereits 60 Jahre (vgl. das Länderprofil der BBC Mundo 2013a). In Mexiko scheint sich in den letzten Jahren eine rasche Entwicklung zu vollziehen, die das über Jahrzehnte stabil-autoritär regierte Land in die Nähe des Scheiterns rückt: Der alptraumhafte Eindruck von „dissipated government“ und „suspended law“ (Comaroff/Comaroff 2006: 6) verschärft sich mit den exponentiell steigenden Gewaltraten, die die mexikanische Regierung veröffentlicht: Hatte laut dem Präsidialamt (Presidencia zit. in El País 2011) der „Krieg gegen die Drogen“ 2009 noch 6.587 Tote gefordert, so waren es allein 2010 15.273 und während der Regierungsperiode 2006-2012 je nach Quelle über 60.000 Menschen, die „aufgrund von Gewalt im Zusammenhang mit dem Drogenhandel“

(INCB 2013: 64) starben. Diffus, unerklärlich, als Werk von Bandenkriegen erscheint diese Gewalt; ein fragmentierter Staat sieht hilflos zu – so der Eindruck aus Medien und sozialwissenschaftlichen Debatten.

Es ist ein einprägsames Bild – ein Staat, dem mit dem Gewaltmonopol die Kontrolle entgleitet –, das in beide Richtungen funktioniert: Kolumbien habe, so weite Teile der kolumbianischen und internationalen Presse (etwa die *Financial Times* 2013 in einem begeisterten Dossier) inzwischen wesentliche Probleme überwunden und sei ein „rising star“ (Präsident Juan Manuel Santos zit. in *Semana* 2011a). Mexiko dagegen kämpft mit dem Kontrollverlust über „weite Teile des Staatsgebiets“ (Boyer 2012) und seinem „Verfall“ (Roux 2011: 76); sogar die „Kolumbianisierung“ Mexikos (Escalante Gonzalbo 2009: 85) – also eine Situation des Scheiterns, wie Politiker sie im Kolumbien der Jahrtausendwende immer wieder konstatierten<sup>1</sup> – wird befürchtet. Doch beides, Erfolg und Misserfolg, machen sich fast ausschließlich an der (militärischen) Bekämpfung der „Drogenproblematik“ fest. Dass die Art und Weise, das „Drogenproblem“ wie im von US-Sicherheitsinstitutionen angeleiteten „Krieg gegen die Drogen“ zu bearbeiten, nicht funktioniert und stattdessen das Problem noch verschlimmert habe, ist keine neue These.<sup>2</sup> Doch obwohl inzwischen sogar ehemalige Präsidenten (so die ehemaligen Präsidenten Mexikos und Brasiliens, Zedillo und Cardoso in *Comisión Latinoamericana Sobre Drogas Y Democracia* 2009, oder der kolumbianische Präsident Santos 2012, vgl. *Die Zeit* 2012) und Institutionen wie die Weltbank immer häufiger für eine nachfrageorientierte Drogenpolitik statt einer militärischen Bekämpfung des Angebots argumentieren, scheint gewaltvolle, organisierte Kriminalität der wichtigste Erklärungsfaktor dafür zu sein, wie staatliche Politik in diesem oder jenem Kontext funktioniert. Bei näherer Betrachtung ist das Bild von der diffusen, entgrenzten Gewalt erschreckend oberflächlich: Eine Beschäftigung mit der tatsächlichen Rolle des Staates spart es aus; komplexe und jeweils unterschiedliche Problematiken reduziert es auf die „Organisierte Kriminalität“.

Das Bild ist zudem von globalen Herrschaftsverhältnissen geprägt: Die Probleme mit der „Organisierten Kriminalität“ überlagern frühere Vorstellungen von Unterentwicklung und extremen innergesellschaftlichen Gegensätzen (vgl. Comaroff/Comaroff 2006: 6). So scheint es häufig, als sei Organisierte Kriminalität ein strukturelles Problem der „Entwicklungsländer“, sozusagen der postkolonialen Kondition inhärent (ebd.: 7) und von der restlichen („westlichen“) Welt losgelöst. Im „Süden“ spielen sich alptraumhafte Vorstellungen von exzessiver Gewalt und deren Bekämpfung ab; was der „Globale Norden“ mit den Problematiken zu tun hat, wird häufig übersprungen.

- 
- 1 Diese Einschätzung trafen v. a. US-amerikanische Politikberater (*Political Instability Task Force* 2003), hierzu unten.
  - 2 Krauthausen (2013), Kenny/Serrano (2011) u.a. mehr haben dieses Argument ausgeführt.

Anliegen der vorliegenden Arbeit ist dagegen zum einen, sich einem adäquaten Verständnis von Staatlichkeit in Lateinamerika anzunähern. Zum anderen will sie die Gewaltverhältnisse bzw. das Politikfeld „Sicherheit“ in Mexiko und Kolumbien zu einem Zeitpunkt in den Blick nehmen, an dem die Regierungen dieses Feld jeweils zum Thema ihrer Programme machten, und sie ist ein Beitrag zur deutschsprachigen Debatte zu den beiden lateinamerikanischen Ländern. Die Frage ist, wie sich zwischen 2002-2010 (Kolumbien) und 2006-2012 (Mexiko) gesellschaftliche Kräftekonstellationen und dementsprechend das Institutionengefüge im staatlichen Ensemble gestalten und auf die Art des Regierens einwirken.

Insofern soll im Folgenden weniger der Diskurs über die gewaltvolle ehemalige Kolonie beschäftigen, den Comaroff/Comaroff (2006) im Eingangszitat kritisieren, sondern das, was dahinterliegt: Der Forschungsgegenstand fasst wesentlich mehr als das „Drogenproblem“. Nicht das „Scheitern“ von Staaten gegenüber transnationalen Problemen, die ihre Fähigkeiten übersteigen, wird untersucht, sondern die spezifischen Ausprägungen und Verflechtungen in den untersuchten Fällen, denn hier werden Brüche und Transformationen in staatlicher Herrschaft besonders deutlich.<sup>3</sup>

Das Verschwindenlassen von 43 und die Ermordung von 3 Studierenden der Escuela Normal Rural von Ayotzinapa in Mexiko am 26. September 2014 führt die Aktualität des Themas und die zuweilen verkürzte wissenschaftliche und politische Bearbeitung in eklatanter Weise vor Augen. Ayotzinapa ist kein Einzelfall. Doch dieser singular symbolisch aufgeladene Fall von Verschwindenlassen offenbarte für ein sehr breites Publikum, was diese Studie herausarbeitet, nämlich dass die Transformation von Staatlichkeit hier mit einer Verquickung zwischen Staat und Kriminalität einhergeht. Parole der nach Ayotzinapa aufkommenden Proteste war *„fue el estado“* („es war der Staat“) – Protestierende machten Sicherheitskräfte aller Ebenen für den Fall verantwortlich. Das Verhältnis zwischen Staat und Gewalt ist somit ein wesentlich komplexeres als die jeweiligen Regierungsprogramme nahelegen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der vorausgehenden Phase des staatlichen Umbaus. Um die Gemengelage von 2014-15 nachzuvollziehen, ist es unerlässlich, die Bedingungen dieses Umbaus zu kennen, der Fälle wie das Verschwindenlassen von Ayotzinapa erst möglich machte.

Gerade verfestigte Gewaltordnungen/ Gewaltverhältnisse sind also nicht ohne den Staat und ohne ein Verständnis von staatlicher Gewaltausübung zu denken. Dafür ist ein Staatsverständnis sinnvoll, das sich aus der Auseinandersetzung mit (neo-)poulantzasianischen Ansätzen (exempl. Hirsch 2005; vgl. Poulantzas 2002) und der lateinamerikanischen staatstheoretischen Debatte ergibt: Es beleuchtet spe-

---

3 Die aktuellen „Bruchzonen“ (Engel/Middell 2005) finden sich in diesem Kontext (und nicht nur in diesen beiden Fällen) gerade auf der einzelstaatlichen Regierungsebene; dennoch sind die beiden Länder Beispiele für die „Verflechtung mehrerer Krisenherde“.

zifische Kräfteverhältnisse und die historischen Bedingungen ebenso wie allgemeine Formbestimmungen des Staates, die sich auf institutionellen *scales* (Ebenen) in unterschiedlicher Ausprägung wiederfinden (hierzu ausführlich Kapitel I). Denn *nachvollziehbar* werden die diffus und chaotisch erscheinenden Gewaltverhältnisse in den beiden Ländern nur dann, wenn die *Zusammenhänge* zwischen ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren und der Rolle des Staates zum Thema werden. Insofern dreht die vorliegende Arbeit die Perspektive um: Denn nicht vom Thema der Kriminalität ausgehend werden hier politische Dynamiken betrachtet, sondern die Erforschung und der Vergleich von Transformationen des Staates führen in den betreffenden Ländern *aus empirischen Gründen* unweigerlich auch, aber nicht nur, zum „Drogenproblem“. Daher macht der wiederkehrende Begriff der „Gewaltverhältnisse“ sowohl strukturelle sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse (massive Unterprivilegierung und Marginalisierung) als auch die in den in beiden untersuchten Ländern direkt ausgeübte (häufig politische) Gewalt zum Bezugspunkt.

## STAAT UND UNSICHERHEIT IN MEXIKO UND KOLUMBIEN: STAND DER FORSCHUNG

Das Interesse an den ambivalenten und zeitweise erratisch erscheinenden Politiken lateinamerikanischer Regierungen, die der Bekämpfung des Drogenhandels bzw. der durch diesen verursachten Gewalt dienen sollen, hat in den letzten Jahren zu einer praktisch unüberblickbaren Fülle wissenschaftlicher Veröffentlichungen geführt. Immer wieder geht es um die schlechte Sicherheitslage in Mexiko oder um den Erfolg der militärischen Strategie in Kolumbien – und um die Rolle des Staates. Der folgende Absatz zum Stand der Literatur, der die Arbeit ins thematische Feld einbettet („nesting“ (Silverman 2004: 299), bildet selbstverständlich nicht vollständig ein wissenschaftliches Feld ab, sondern relevante Literatur kommt in allen Kapiteln themenbezogen zur Sprache: Die Arbeit zitiert vorhandene Studien selektiv an geeigneten Stellen (ebd.: 299; Alasuutari 1995). Für den Forschungsprozess nahmen Arbeiten aus dem spanischsprachigen Raum bzw. aus Kolumbien und Mexiko eine besondere Rolle ein, da deren Kontextwissen weit über die wissenschaftliche Bearbeitung hinausgeht. Der Abschnitt spricht insofern sowohl Arbeiten an, die für verschiedene theoretische Konzepte von Staatlichkeit stehen als auch jene, die anhand konkreter Fallstudien zu Gewalt in Kolumbien oder Mexiko solche Konzepte erarbeiten.

Die in der internationalen und regierungsnahen Entwicklungszusammenarbeit häufig verwendeten Konzepte von „capability“ oder „fragility“ (BMZ 2013; OECD/ INCAF 2012), also der „Fähigkeit“ eines Staates, Gewalt im eigenen Terri-

torium bei sich zu zentralisieren, sind zwar in ihren Definitionen analytisch reichhaltiger geworden (ebd.), bleiben aber meist unscharf. Angesichts unterschiedlicher und widersprüchlicher Indikatoren sind die „betroffenen“ Länder und die Wege, die aus der „Fragilität“ herausführen, jeweils unklar. Die Vorstellung von Staatlichkeit, „guter Regierungsführung“ (vgl. kritisch Hauck 2012a) oder „Resilienz“ des Staates gegenüber „Stressfaktoren“ (World Bank 2011: 217ff.) orientiert sich ausschließlich an idealtypischen Kriterien. Die zugrunde liegende Sichtweise ist auf mehreren konzeptionellen Ebenen problematisch.

Nicht nur analysierte man Staaten in der „Peripherie“ so nur in negativer Abweichung vom (europäischen) Ideal. Diese Studien stützen sich auf eine Hypothese, die sie nicht nachweisen, nämlich dass die Konfliktivität tatsächlich Ergebnis einer Schwäche des Staates ist. Dabei wird Gewalt nicht nur in Regionen fern staatlicher Präsenz beobachtet, sondern in urbanen Zentren und Hauptstädten, in denen Sicherheitskräfte patrouillieren und die staatliche Präsenz nicht zu leugnen ist. Bereits ihre quantitative, sehr globale Herangehensweise begrenzt die Aussagekraft dieser Studien, so warnt die Weltbank (2011) selbst, für konkrete Kontexte. Dabei werden gesellschaftliche „Gewaltverhältnisse“ meist auf den „Drogenkrieg“ verengt und mit Akteuren der „Organisierten Kriminalität“ und deren Praktiken gleichgesetzt. Das komplexe Verhältnis zwischen Staat und Gewalt in Lateinamerika kann eine solche Perspektive, wenn sie der „Organisierten Kriminalität“ die immergleiche Rolle zuschreibt, staatliche Kräfte zu korrumpieren und damit zu „Fragilität“ und Gewaltexzessen beizutragen (OECD/INCAF 2012; vgl. World Bank 2011), nicht erfassen.

Dennoch dient diese Konzeption konkret in Bezug auf die hier interessanten Fälle Kolumbien und Mexiko immer wieder als Basisthese. So liegen Sicherheits- und Strategiepapieren einiger Regierungen in Lateinamerika, den USA oder Europa ähnliche Ansätze zugrunde (BMZ 2013; OAS 2003; World Bank 2011). Dies zeigt eines deutlich: Dem Fragilitätskonzept vorausgehende Schlagworte wie „failed states“ sind nicht nur Konzepte mit spezifischer politischer Agenda – Kenny/Serrano (2011: 5f.) kritisieren beispielsweise, hier vermische sich politische Strategie und Machtpolitik mit einem wissenschaftlich unbrauchbaren, realitätsfernen Konzept. Im Extremfall können solche Analysen „westliche“ (militärische) Interventionen legitimieren (so etwa die Kritik an Münkler 2002), für die es sonst kaum überzeugende Argumente gäbe: Ist der Staat „gescheitert“, nur teilweise präsent oder die „Staatlichkeit begrenzt“ (Brozus/Risse 2009), erscheint Militarisierung rasch als einzig gangbarer Weg.

Diese normativ-idealtypische Perspektive auf den Staat bedeutet häufig, dass Gewaltpraktiken fast ausschließlich der „Organisierten Kriminalität“ zugeschrieben werden. Eine Kooperation zwischen staatlichen und kriminellen Kräften existiert

dann nur als Korruption,<sup>4</sup> als exogene Bedrohung für den Staat, und „while it calls itself ‚state failure‘, the agenda has nothing to say about states: everything hinges on the exogenous threats to them“ (Kenny/Serrano 2011: 197). Für einen tatsächlichen Erkenntnisgewinn, wie sie ihn vorgeben, sind diese Konzepte nicht hinreichend: Die Gewaltakteure, denen der Staat gegenüber stehe, haben ein viel größeres Interesse daran, legislative Prozesse zu beeinflussen als an einem Kollaps staatlicher Strukturen (so die Kritik von Kenny/Serrano 2011; vgl. Alnasser 2004a; Zelik 2007). Die Rede vom fragilen Staat wird der komplexen Gemengelage kaum gerecht: Innenpolitische und transnationale Dynamiken, Gewalt und Ökonomie stehen in enger Wechselbeziehung und sind nicht auf eine Erklärungsebene reduzierbar.

Das Konzept des „gescheiterten Staates“ vermeidet also paradoxerweise meist einen differenzierten Blick auf den Staat.<sup>5</sup> Dass wirkmächtige Institutionen auf der internationalen Ebene daraus politische Handlungsanweisungen ableiten, macht das Konzept noch problematischer.

Auch Autor/-innen, die der politischen Agenda nicht unkritisch gegenüber stehen, übernehmen die These der „Fragilität“: Die wohl häufigste Erklärung für die Probleme der kolumbianischen Gesellschaft war bis vor einigen Jahren, der kolumbianische Staat sei in manchen Regionen kaum präsent und könne seine Basisfunktionen nicht erfüllen (vgl. u.a. Jäger et al. 2007). Diese Schwäche der kolumbianischen Staatlichkeit wirke sich auf die „Persistenz des Bürgerkrieges“ aus (ebd.). So können Jäger et al. aber weder die Rolle des Staates in diesem Geflecht, noch das Ringen unterschiedlicher Kräfte im Staat um unterschiedliche Politiken erfassen, auch wenn sie mit dem „transnationales Netz zwischen den Kokabauern in den Anden [...], den mittelamerikanischen Transitländern und dem zumeist nordamerikanischen Endverbraucher“ (ebd.: 183) eine transnationale Ebene reflektieren. Bow und Santa Cruz (2012) sprechen zwar mit Migdals „state-in-society“-Ansatz und dem „securitization“-Konzept von einer nicht vollendeten, vielschichtigen Transformation der Rolle des Staates in der Gesellschaft in den letzten 30 Jahren, überwinden aber nicht den Vergleich des defizitären „Entwicklungslandes“, in dem „Eliten“ Staatsapparate kontrollierten, mit ihrer Idealvorstellung von Staat. Neocleous (2008: 4) kritisiert beispielsweise, solcherlei Analysen der Sicherheitspolitik – auch Ansätze der critical security studies<sup>6</sup> – verblieben letztlich bei der Frage, wie Sicherheit „besser gemanagt“ werden könnte – sie kritisierten nicht die liberale An-

4 Individuelle „Korruption“ allein, das können z.B. Astorga (2007) für Mexiko und López et al. (2010a) für Kolumbien zeigen, erklärt aber die Interaktionen nicht hinreichend.

5 Eine Ausnahme ist Ruf (2003), der „Staatszerfall“ v.a. politökonomisch diskutiert und den Verlust von Regulationsfunktionen im Kontext von Strukturanpassungsprogrammen und veränderten Akkumulationsstrategien verortet.

6 Vgl. zusammenfassend zu Differenzierungen zwischen Copenhagen School und Anderen C.a.S.E. Collective (2006).

nahme selbst, Sicherheit als Basis von Freiheit und „moderner“ Gesellschaft zu verstehen.<sup>7</sup> Doch auch Studien, die soziale Ungleichheit und die ökonomische Perspektivlosigkeit als Faktoren für Unsicherheit einbeziehen, fehlt auf theoretischer Ebene oft ein systematisches Verständnis des Staates; das gilt z.B. für die Kritik an Militarisierungspolitiken: Die „Militarisierung Mexikos“ analysieren Rodríguez Rejas (2010a) oder Carlos Fazio (1996, 2000) zwar überzeugend als Rückgriff konzentrierter Machtstrukturen auf repressive Mittel, nachdem Mediationsmechanismen aufgelöst wurden, sie bleiben aber staats-theoretisch teilweise etwas unterkomplex.

Um der Problematik gerecht zu werden, müsse, so Kenny/Serrano (2011: 197), die Analyse im Staat selbst und am Verhältnis Staat/Gesellschaft ansetzen. Doch auch wenn weitere Studien zugestehen, dass das Verhältnis Staat/Gewalt über eine ausschließliche Bedrohung von außen – aus der Gesellschaft – hinausgehen kann, trennen sie immer noch klar zwischen Staat und nicht-staatlichen Gewaltakteuren: Acemoglu et al. (2009) z.B. weisen mit einer quantitativen Analyse empirischer Daten nach, dass die Wiederwahl des Präsidenten Uribe 2006 von paramilitärischen Gruppen getragen war (ebd.: 41), denn unter spezifischen Bedingungen hätten politische Entscheidungsträger im Zentralstaat genügend Anreize, nicht-staatliche Akteure nicht zu „eliminieren“, sondern sich zu arrangieren und das Gewaltmonopol bewusst nicht durchzusetzen. Im kolumbianischen Fall hätten gemeinsame Prioritäten zu einer pro-paramilitärischen Politik geführt, und Paramilitärs und Politik bei Wahlprozessen kooperiert. Auch Garay et al. (2010) überwinden zwar mit dem Konzept der RCdE<sup>8</sup> die Vorstellung von einer Bedrohung des Staates von außen: Hätten sich die Grenzen der Akzeptanz gegenüber Illegalität einmal verschoben, sei für die erfolgreichsten Drogenhändler eine Konfrontation mit staatlichen bewaffneten Kräften nicht mehr notwendig. Doch das Konzept der *captura* (ob von innen oder von außen initiiert) lässt den Staat dennoch als eine Art Instrument erscheinen. Zudem: Dass partikulare, strategische Interessen in staatlicher Politik eine Rolle spielen, ist tatsächlich nicht die große Ausnahme oder Erklärungsvariable, zu der sie bei Garay et al. wird.

- 
- 7 Neocleous (2008: 4) dagegen versteht ähnlich Hannah Arendt das Sicherheitsparadigma als Logik, die die gesamte Gesellschaft um eine bestimmte Ordnungsvorstellung herum modelliere und politische Artikulation als solche blockiere.
  - 8 Die *Reconfiguración Cooptada del Estado* verstehen sie als „Aktivitäten legaler und illegaler Organisationen, die mittels illegitimer Praktiken das politische Regime von innen systematisch zu verändern suchen und in der Formierung, Modifikation, Interpretation und Umsetzung der Spielregeln und staatlicher Strategien Einfluss nehmen, um nachhaltige Vorteile zu sichern und zu erreichen, dass ihre Interessen rechtlich und politisch begünstigt und in der Gesellschaft langfristig legitimiert werden, obwohl diese nicht im Interesse des sozialen Wohlstands liegen.“ (Garay Salamanca u. a. 2010: 96).

Tatsächlich verschleiern die Autoren mit der Vorstellung von einem Staat, der grundsätzlich das Allgemeinwohl zu wahren habe und nur in Ausnahmefällen eine Politik zugunsten bestimmter Kräfte garantiere, inwiefern die institutionellen Mechanismen *grundlegend* asymmetrische gesellschaftliche Interessen widerspiegeln (vgl. hierzu die Kritik von Gutiérrez Sanín 2010: 22ff.). Diese Kritik muss sich auch der Sammelband von López et al. (2010a) gefallen lassen, der Garays Ausführungen relativ unverändert übernimmt, und doch eine der zentralen empirischen Arbeiten – und sicher die datenreichste – zum „Zusammenfallen“ von staatlicher Politik und den Interessen von bestimmenden Wirtschaftsgruppen und paramilitärischen organisierten Sektoren der illegalen Ökonomie in Kolumbien darstellt.<sup>9</sup>

Studien über Gewaltfaktoren bzw. den kolumbianischen und den mexikanischen Staat und deren Sicherheitspolitik übersehen also häufig, was eine Perspektive der kritischen politischen Ökonomie hervorheben könnte, nämlich, dass staatliche Herrschaft gesellschaftliche Gruppen ungleich betrifft, Zustimmung unterschiedlich verteilt ist und der Staat keine neutrale Rolle einnimmt. Studien aus der kritischen (internationalen) politischen Ökonomie problematisieren vor allem die wirtschaftlichen Strukturanpassungen der 80er und 90er Jahre als Transformation von Staatlichkeit und als Grundlage dafür, heutige Verwerfungen nachvollziehen zu können (vgl. u.a. Anguiano 2010; Oliver Costilla 2009).<sup>10</sup> Die Arbeiten zur Entwicklung des mexikanischen Staates in den letzten 30 Jahren, z.B. der von Ávalos Tenorio herausgegebene Sammelband (2009a), der einzelne Aspekte des institutionellen Umbaus (Parteien, Transparenzgesetze, Medien) untersucht, oder Roux (2005), die das Aufbrechen früherer gesellschaftlich-staatlicher Loyalitätsbeziehungen nachzeichnet, skizzieren umfassend den gesellschaftspolitischen Kontext für dieses Thema. Sie beschäftigen sich jedoch nicht zentral mit der Frage nach der Gewaltfunktion des Staates. In welchem Ausmaß haben z.B. historische Konstellationen politischer Herrschaft die Ausübung von souveränen Funktionen durch kriminelle

- 
- 9 Konzeptionell setzt der Sammelband bewaffnete Kräfte wie Paramilitärs und Guerillas analog, die sich strategisch, in ihrem Verhältnis zum Staat, in Organisationsform und Praktiken eigentlich stark unterscheiden (vgl. die Kritik von Gutiérrez Sanín 2010: 15–21).
  - 10 Eine ganze Reihe englischsprachiger Arbeiten untersuchen die Transformation der 80er Jahre in Mexiko mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, so etwa Brachet-Marquez (1994) zu subalternen Kräften in der historischen Entwicklungen, Davis (1993) zum Zusammenspiel gesellschaftlicher Kräfte mit dem Staatspersonal. Heigl (2009, vgl. auch 2011) zeichnet Transformationen des mexikanischen Staates mithilfe des strategisch-relationalen staats-theoretischen und regulationstheoretischer Ansätze nach und betont, dass zwischen außenorientierten und binnenorientierten Kräften austariert worden sei, bis sich schließlich ein weltmarktorientiertes gegen ein nationalistisches Staatsprojekt durchsetzte.



Strukturen erlaubt und begünstigt? Darauf geben erstaunlicherweise die wenigsten Analysen der heutigen Gewaltproblematik eine Antwort. Für Kolumbien zeichnet der US-Amerikaner Richani (2002) historische Veränderungen innerhalb der einzelnen sozialstrukturellen Gruppen und der Art der Herrschaftsausübung als Zusammenhänge nach, die für ein Verständnis des bewaffneten Konflikts bis 2002 unentbehrlich sind – die Umwälzungen der letzten zehn Jahre kann er nicht mehr berücksichtigen. Hingewiesen sei auf Gonzalez, Vázquez und Bolívar (2003), die die geschichtliche Dynamik von Staat und Gewalt in Kolumbien als nicht geglückte Zentralisierung des Gewaltmonopols interpretieren und dabei fortbestehende Spannungen zwischen Zentralstaat und gewaltbereiten regionalen Kräften fokussieren. Großer Verdienst dieser Studie und der Arbeiten aus dem Umfeld des Forschungsinstitut CINEP ist sicherlich die räumliche Differenzierung von Staatlichkeit angesichts unterschiedlich geprägter Regionen. Das CINEP (2012: 54) kritisiert die Vorstellung, die Gewaltphänomene auf schwache staatliche Institutionen und fehlende ‚good governance‘ zurückführt: Dies missverstehe den Staat als monolithische, homogene Einheit und sei gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und historischen Bedingungen gegenüber blind.<sup>11</sup> Eine Analyse der – jeweils unterschiedlichen! – historischen Voraussetzungen ist offenbar keineswegs selbstverständlich; um das aktuelle Thema von Staatlichkeit und Gewalt zu erfassen, ist die Kenntnis des historischen Kontextes aber notwendig. Kapitel III dieser Arbeit fragt daher nach Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko in der historischen Entwicklung.

Bisher recht wenige Arbeiten (Oliver Costilla 2012; Sammelband Osorio 2011) beschäftigen sich aus der polit-ökonomischen Perspektive mit den Themen Gewalt und Ausnahmezustand in Mexiko. In Kolumbien dagegen gehen verschiedene Arbeiten auf den Zusammenhang zwischen verändertem institutionellem Gefüge, einer veränderten Zusammensetzung der „Eliten“ (Leal Buitrago 2007) und Paramilitarismus ein und argumentieren aus historischer Perspektive (u.a. Leal Buitrago 2006a; Aristizábal 2007; Medina Gallego 2008; Romero 2006). Gutiérrez Sanín konstatiert eine „Narcotisierung“ der kolumbianischen Politik, mit der u.a. eine aggressive „politische Schließung“ einhergehe (Gutiérrez Sanín 2006: 66, 2010: 21;

---

11 Denn „die Herausforderung, die politische und urbane Gewalt zu verstehen, liegt darin, dieses Phänomen nicht mit dem Fehlen starker – demokratischer – staatlicher Institutionen zu assoziieren, die gesellschaftliche Forderungen kanalisieren – Governance –, [dies sind Ansätze] die den Staat als monolithische, universale und homogene Einheit verstehen, als Träger von Gesetz und Gewalt, als Garant der politischen Ordnung, der seine Macht innerhalb eines von seinen Grenzen festgelegten Territoriums ausübt, ohne jede Einmischung von außen oder von lokalen Kräften, die häufig erfolgreich die institutionelle Prekarität ersetzen [...], denn mit diesem Ansatz erscheint der Staat als abgetrennt von gesellschaftlichen Verhältnissen, die ihn doch konstituieren, und von dem spezifischen historischen Prozess, der ihm Form verliehen hat.“ (CINEP 2012: 54).

vgl. Medina Gallego 2008: 135). Aristizábal (2007) spricht von einer „Metamorphose“ des Staates im Kriegszustand. Estrada Álvarez (2010a: 15f.) erklärt die veränderten politischen Dynamiken in Kolumbien regulationstheoretisch mit einem Akkumulationsregime, das eine tiefgreifende, gewaltvolle Transformation der Besitzverhältnisse, wachsende Verschränkung von legalen und illegalen Formen der Akkumulation als Hauptcharakteristikum einer neuen kapitalistischen Räumlichkeit und eine veränderte Zusammensetzung des Machtblocks mit sich gebracht habe. Zeliks Arbeit (2009), der in einer u.a. von Agamben und Foucault beeinflussten Perspektive (weniger staatstheoretisch) auf die Art der Kriegsführung und den Ausnahmezustand als bestimmendes Paradigma eingeht und im Unterschied zu anderen hauptsächlich kolumbianische Studien rezipiert, ist in den letzten Jahren eine der wichtigsten Arbeiten zum Paramilitarismus außerhalb des spanischsprachigen Raums.

Trotz zahlreicher Arbeiten der letzten Jahre gibt es bisher keinen systematischen, staatstheoretisch angeleiteten Vergleich mit aktuellem Bezug. Die wertvollen Studien von Müller (2012, „negotiated state“) oder Roux (2011) zu Mexiko, Franco (2009) oder López et al. (2010a) zu Kolumbien, beziehen sich ausschließlich auf einen Fall. Zusammenfassend lässt sich tatsächlich sagen, dass kaum Untersuchungen existieren, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Ausgestaltung des Staates in beiden Ländern mit der Weltmarktintegration und Globalisierungsprozessen in Bezug bringen und gleichzeitig die Historizität dieser Entwicklungen hervorheben. Systematisch setzen bisher wenige Autor/-innen den offiziell erklärten oder inoffiziellen permanenten Ausnahmezustand dort in Relation zu der Position der Länder als ehemalige Kolonien, ohne dies mit der Schwäche des Staates zu erklären.

In dieser Hinsicht müsste man die Rolle des Staates für die Produktion von Unsicherheit herausstreichen, wie es einige neuere Arbeiten (Franco Restrepo 2009; Kenny/Serrano 2011; Maldonado Aranda 2010a; Müller 2012; Pansters 2012a) tun: sie untersuchen auf unterschiedliche Weise die Rolle des Staates in der (Re-)produktion von (Un-)sicherheit und bauen dabei u.a. auf Studien zu den Transformationen der letzten Jahrzehnte auf. Dabei diskutieren sie das Verhältnis Staat/Ökonomie und die materiellen Bedingungen für Politiken, die nicht alle Bevölkerungssegmente gleichermaßen betreffen und rücken die Gewaltfunktion des Staates bzw. Sicherheitsapparate ins Zentrum der Analyse.

Vilma Franco Restrepo (2009) stützt sich in ihrer Analyse der „*counter-insurgency*-Herrschaft“ in Kolumbien u.a. auf ein Staatsverständnis, das sich an den Überlegungen Nicos Poulantzas' orientiert, und untersucht empirisch und theoretisch, wie die Legitimationsdiskurse für eine veränderte Organisation staatlicher Gewalt. Auch wenn die „Organisation des paramilitärischen Dispositivs“ (ebd.: 385) aus der Notwendigkeit entstehe, die Legitimität der Institutionen selbst zu wahren, also die Fiktion des Gewaltmonopols als legitim konstituiertem Grundsatz

von Staatlichkeit, so richte sich die von Paramilitärs ausgeübte Gewalt doch auf die Unterstützung eines politischen Projekts der „Gesellschaft von Grundbesitzern“ und auf den Herrschaftserhalt über subalterne Sektoren und garantiere notwendige Bedingungen für neue Strategien zur Kapitalakkumulation (385-389).

Maldonado Aranda (2010a: 416) lehnt in seiner Arbeit zu Gewaltverhältnissen im mexikanischen Michoacán eine monolithische Sicht auf den Staat ebenso ab wie die Rede vom „gescheiterten Staat“, da diese – politisch motivierte – Perspektive von einem dem Staat *äußerlichen* Verhältnis zur „Organisierten Kriminalität“ ausgehe. Stattdessen treffen sich laut Maldonado an den „Rändern des Staates“<sup>12</sup> unterschiedliche Regulationsmodi – die auf die Bevölkerung gerichteten Technologien der Gouvernamentalität können daher innerhalb eines nationalstaatlichen Zusammenhangs erheblich variieren. Das hänge historisch davon ab, in welcher Form der Staat Bevölkerung und Territorium handhabe, regionale Souveränität/Einhegung verhandle. Diese „marginalen“ Regionen seien allerdings entsprechend negativ repräsentiert, als wären sie intrinsisch gewaltsam (Maldonado Aranda 2010b: 426). Praktiken wie Besiedlungsbewegungen und die landwirtschaftliche Kommodifizierung seien höchst komplex und konfliktiv, und die heutigen Regionen des illegalen Anbaus konstituierten sich häufig auf der Basis von gewaltförmigen Migrationsprozessen und Vertreibungen (ebd.: 426). So verortet er den Boom des Drogenhandels im Kontext wirtschaftsliberaler Reformen des Staates ab den 1980er Jahren (vgl. Maldonado Aranda 2012: 7).

Ähnlich kritisieren Pansters et al. (2012a) in einem Sammelband die in der Transitionsforschung zu Mexiko verbreitete Vorstellung einer linearen, weitgehend gewaltfreien Transition vom PRI-Modell zu einer noch „fehlerhaften“ Demokratie (vgl. Bow/Santa-Cruz 2012), die einerseits häufig über institutionelle Mechanismen nicht hinausblicke und andererseits die Eskalation von Gewalt für ein mit dem „Drogenhandel“ aufgekommenes Phänomen halte. Die Vorstellung von Mexiko als Ausnahme regime unter der PRI (bei dem die Forschung häufig die inklusiven, koptierenden Mechanismen betonte) habe eine tiefer gehende Untersuchung von Gewalt und Zwangsmitteln – unter der *pax priista* immer probates Mittel – verhindert (Pansters 2012b: 8). Dem setzt Pansters eine an gramscianischen Konzepten orientierte, systematische Untersuchung der Gewalt und Zwangsmechanismen im mexikanischen „state-making“-Prozess entgegen, die bisher als abgetrennte „dunkle“ Seite oder schlicht als marginale Elemente behandelt worden seien. Tatsächlich, so Pansters (ebd.: 32), hätten gewaltsame Mechanismen der Konfliktbearbeitung auf der lokalen/regionalen Ebene langfristig erst ermöglicht, auf der nationalen Ebene Konflikte zu kanalisieren. Daher betrachten Pansters et al. (ebd.: 30) vier Felder (Gewalt und Hegemonieprozesse jeweils sowohl auf nationalem wie regio-

12 Diese „Ränder“ bezieht Maldonado (2010a) auf Territorialität und auf die Reichweite von Praktiken und Gesetzen.

nalem/lokalem *scale*). Der Anspruch, heutige Gewaltformen mithilfe historischer Phänomene zu untersuchen und dabei das komplexe Verhältnis zwischen Gewalt, Staat und Klassen nicht zu vernachlässigen, schließt eine wichtige Lücke. Zu kurz kommen höchstens die möglicherweise konkurrierenden Projekte in Form von Widerstand subalternen Kräfte.

Laut Kenny/Serrano (2011: 13) müsse man in Mexiko statt von einem „scheiternden Staat“ vom „Scheitern der Sicherheitspolitik“ sprechen, die sich zunehmend auf extralegale Mittel stütze; außerdem konstatieren sie einen „paramilitary turn“ (ebd.: 221) in den mexikanischen Konflikten, der ohne die „natürliche Nähe“ (ebd.: 221) zwischen militärischen anti-Drogen-Einheiten und Drogenhandel nicht denkbar sei. Mit empirischer Verankerung und analytischer Scharfsicht zeigen sie die Probleme der Sicherheitspolitik ab 2006 auf und können die konzeptionelle Kurzsichtigkeit der politischen Strategie aufzeigen – auch indem sie auf Kolumbien verweisen; hier allerdings bleibt die Analyse oberflächlicher. Die Klarheit, welche politischen Kräfte warum ein Interesse an einer autoritären „Mutation“ (ebd.: 200) hatten, bleiben sie allerdings schuldig.

Auch Müllers (2012) Arbeit zum mexikanischen Staat ist zentral. Mit dem Konzept des „negotiated state“ erkennt er, dass ständig in Verhandlung stehende staatliche Institutionen als schwach oder instabil erscheinen könnten, obwohl sie tatsächlich stabile Regeln etablierten. Diese setzten sie aber nur selektiv um und verhinderten so Konflikte mit Machtgruppen (ebd.: 40). Die Institutionen erfüllen die spezifischen Anforderungen an den Staat erst durch ihre Flexibilität. Staatliche Institutionen stünden nicht über gesellschaftlichen Machtverhältnissen; daher plädiert er für Migdals „institutions-in-society“ (ebd.: 41). Da unter diesen Bedingungen der „staatliche Raum selbst, weit von einem homogenen, standardisierten [...] Raum der Aneignung entfernt, die Gestalt einer ‚in besonderem Maße regionalisierten, im Wesentlichen unverbundenen Gesellschaft‘ annahm“ (ebd.: 34), mit einer „Dispersion der Gewaltmittel“ in „Ermöglichungsstrukturen für lokale politische Machtzentren“ resultiere, entleiht Müller von Davis (2010) das Konzept der „fragmentierten Souveränität“, um den mexikanischen Staat zu beschreiben.<sup>13</sup> Für Müllers Arbeit ist zentral, dass „durch die Einbettung der mexikanischen Polizei in diese Strukturen von Verhandlung, Aneignung und informeller Politik das *policing* zum Schutz der politischen Ordnung“ nach der Mexikanischen Revolution beitrug (Müller 2012: 57). Um die heutige Gemengelage zu verstehen sei nun wesentlich, dass die Beziehungen zwischen politischer „Elite“ und Organisiertem Verbrechen in der PRI-Zeit recht eng waren und die Polizei gleichsam als „kommunikative Plattform“ (Baur zit. ebd.: 59) diene. Nach der Schuldenkrise 1982 hätten weder die „Konso-

13 Den Begriff der „fragmentierten Souveränität“ nutzt der US-Amerikaner Richani (2007) zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen Zentralstaat und regionalen *Caciques* in Kolumbien ebenfalls.

lidierung als peripherer Wettbewerbsstaat“ noch die Dezentralisierungstendenzen die lokal Herrschenden ihrer Autonomie beraubt und die Strukturen des verhandelten Staates auch nicht untergraben (ebd.: 57). Im Sinne eines „subnationalen Autoritarismus“ (Gibson 2004) hätten sich mit der neoliberalen Restrukturierung von Staat und Ökonomie neue lokale Herrscher etabliert oder ihren Einfluss in der unter sozialer und politischer Desintegration leidenden lokalen Gesellschaft ausgeweitet (2012: 58).

Die genannten Arbeiten, die den Staat nicht auf seine Steuerungsfähigkeit reduzieren, sondern auch kritisieren, waren für die vorliegende Studie unverzichtbar. Dennoch tut sich hier eine fast schon überraschende Lücke im Forschungsfeld auf: Am Verweis auf Kolumbien kommt zwar offensichtlich keine Analyse des mexikanischen Staates und der Gewaltproblematik mehr vorbei. Nicht nur verschiedene Medien (Boyer 2011), auch die wissenschaftliche Debatte (Felbab-Brown 2009; kritischer Escalante Gonzalbo 2009) unterstellt in den letzten Jahren immer wieder einen Zusammenhang zwischen den politischen Entwicklungen in den beiden Ländern. So scheint Kolumbien nach wie vor Folie für die Beobachter zu sein, die auf dem lateinamerikanischen Kontinent Zerfallsprozesse feststellen. Hier lohnt eine wissenschaftlich fundierte Perspektive: Die Gewalt in Mexiko ist trotz der rapide gestiegenen Mordraten in ihrem Ausmaß nicht denen Kolumbiens Anfang der 2000er Jahre gleichzusetzen.<sup>14</sup> Vor allem aber übersähe eine Gleichsetzung die völlig unterschiedlichen Kontexte und Bedingungen. Die vorliegende Arbeit sucht also auch den Modebegriff der „Kolumbianisierung“ Mexikos zu dekonstruieren. Gerade die Transformation des Staates bei einer, so scheint es, Relativierung historischer Legate, will diese Arbeit untersuchen. Dabei geht es hier nicht darum zu zeigen, wie demokratische Mechanismen auf nationaler Ebene mit einem lokalen Autoritarismus koexistieren (Acemoglu et al. 2009; Gibson 2004).

Auch die Autor/-innen, die die Zerfallsthese ablehnen, argumentieren, dass eine sozialwissenschaftliche Betrachtung der Verhältnisse in Kolumbien für eine Analyse der Entwicklungen in Mexiko fruchtbar gemacht werden könnte – gerade dann, wenn sie die Unterschiede herausarbeitet (Pansters 2012b: 34; Kenny/Serrano 2011: 217f.; vgl. auch Palacios 1999). Umso erstaunlicher ist es, dass ein sozialwissenschaftlich und staatstheoretisch fundierter Vergleich zur transformierten Staatlichkeit beider Länder in diesem Zeitraum bisher nicht existiert, auch nicht im spanischsprachigen Raum. Bisher gibt es dazu praktisch nur journalistische Arbeiten (Reveles 2011; Apostolo et al. 2013). Arbeiten wie die von Müller (2012), Roux (2011), López et al. (2010a) oder auch Pansters (2012a) überwinden zwar konzeptionelle Kurzsichtigkeit, nehmen aber ausschließlich ein Land in den Blick.

---

14 Trotz des Rückgangs der Mordrate lag diese 2010 in Kolumbien weiterhin offiziell bei 33,4 pro 100.000 Einwohner, in Mexiko bei 18,1 (United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) 2011: 93, stützt sich auf Zahlen der Policía Nacional bzw. Policía Federal).

## DIMENSIONEN DER ANALYSE, VERGLEICH, AUFBAU

Die Ergebnisse einer Forschungsarbeit werden nicht in der Reihenfolge präsentiert, in der sie erarbeitet wurden. Selbst wenn am Anfang des Textes eine Hypothese steht, war diese im Forschungsprozess Veränderungen unterworfen und wird erst in der genaueren Beschäftigung mit dem Gegenstand endgültig festgelegt. Sogar ein quantitativ angelegtes Vorgehen gelangt häufig erst mit einer „rekonstruktiven Logik“ zur Hypothesen-testenden Struktur (Kruse 2010: 190; Silverman 2004: 314; vgl. Alasuutari 1995: 181ff.). Und obwohl Forschungsprozessen immer bereits Annahmen zugrunde liegen, wäre es ahistorisch, unabhängig vom Kontext ein Theoriegebäude zu errichten oder ein unverändertes Variablenset auf jedweden Kontext anzuwenden. Stattdessen sollten die Konzepte kontextualisiert werden (vgl. Schwartz-Shea/Yanow 2011). Das heißt, Deduktion und Induktion stehen relational zueinander und sind einander nicht dichotom entgegen zu setzen (vgl. Kruse 2010: 219). Auch ein inhaltsanalytisches Vorgehen ist ohne Induktion und damit Elemente der Grounded Theory (vgl. zusammenfassend Kruse 2010) nicht umzusetzen. Auf der Ebene der allgemeinen Annäherung an den Gegenstand und bei der Auswertung qualitativer Daten kamen daher abduktive Verfahren zur Anwendung. Der Forschungsprozess begann mit der Irritation, dass mit dem Begriff der „Kolumbianisierung Mexikos“ eine konzeptionelle Folie über einen völlig anderen Kontext gelegt wurde.<sup>15</sup>

Die Herausforderung besteht darin, einen fundierten staatstheoretischen Referenzrahmen für die untersuchte Region zu finden, der unterschiedliche Entstehungsbedingungen und Transformationen beachtet. Erklärungsfaktoren aus der politischen Ökonomie sollen mit einer Analyse verbunden werden, die ihren Fokus *nicht* auf die „wirtschaftliche Sphäre“ beschränkt, sondern das Politikfeld „Sicherheit“ in den Blick nimmt. Dabei ist der Begriff „Sicherheitspolitik“ irreführend, da sich das Ziel, wie sich zeigen wird, nicht in der Herstellung von Sicherheit für einen Teil der Gesellschaft erschöpft – es ist angebrachter von einem Politikfeld zu sprechen, in dem sich Sicherheit und Unsicherheit vermengen, für unterschiedliche gesellschaftliche Segmente unterschiedlich darstellen und erreichbar sind: Der Begriff „Un-/Sicherheit“ ist zutreffender.<sup>16</sup>

15 Der Forschungsprozess „begins with a puzzle, a surprise or a tension, typically arising from the juxtaposition of expectations—themselves deriving from a priori knowledge, whether theoretical or experiential—with field observations, experiences, and/or readings“ (Yanow 2013: 18).

16 Dies gilt besonders, wenn das Begriffspaar Un-/Sicherheit auf strukturelle Grundlagen wie soziale Ungleichheit und nicht nur auf vermeintlich klar messbare Kriminalitätsraten abhebt und Fallstricke wie eine nicht intendierte (in)securitization (C.a.S.E. Collective 2007) auf konzeptioneller Ebene mitdenkt.

Zunächst ergibt sich auf abstrakter Ebene die Forschungsfrage nach einem Verständnis von Staatlichkeit in den post-kolonialen Staaten Lateinamerikas.<sup>17</sup> Einen Beitrag für eine unter mehreren möglichen Antworten auf diese Frage zu leisten, ist Anliegen der Arbeit. Aus dem abduktiven Vorgehen auf der größeren Abstraktionsebene anhand staatstheoretischer Ansätze aus Europa (vor allem Poulantzas 2002) und Lateinamerika (u.a. Zavaleta 2009a) wird in Kapitel I ein Verständnis von Staatlichkeit entwickelt, das sowohl auf Lateinamerika bezogene Spezifika als auch mithilfe regulationstheoretischer Begrifflichkeiten (Becker et al. 2007) historische Veränderungen der Rolle des Staates (Hirsch 2005) berücksichtigt. Eine vergleichbare theoretische Annäherung der regionalen und historischen Konkretisierung schlägt Jessop (2009) vor.

Handhabbar wird die Studie zudem mittels der Begriffe Politikfeld und Projekt: Politikfelder werden mit Brand (2011: 6f.) als kontextgebunden verstanden, eingebettet in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. Das Interesse liegt bei dieser Definition weniger in der Wirksamkeit von Politikprogrammen, sondern in den Prozessen, im Ringen um Politikstrategien in ihrem Entstehen und im institutionellen Setting, auch auf unterschiedlichen *scales*. Dies schließt eine Kritik an der vorherrschenden Gestaltung von Politik ein und macht es methodisch notwendig, unterschiedliches Datenmaterial zusammenzutragen. Der strategietheoretische Begriff des Projektes in Anlehnung an Poulantzas (Kannankulam/Georgi 2012: 20, 34ff.; vgl. Jessop 2008) erlaubt es, „im Rahmen einer historisch-materialistischen Kontextualisierung“ die „sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien“ zu erfassen (ebd.: 35).

Das vorliegende Forschungsprojekt beschäftigt sich damit, wie sich zwischen 2002-2010 (Kolumbien) und 2006-2012 (Mexiko) gesellschaftliche Kräftekonstellationen und dementsprechend das Institutionengefüge im staatlichen Ensemble gestalten und auf die Art der Ausübung von Herrschaft einwirken. Deshalb wurde nicht die transnationale Ebene oder der Transfer von Sicherheitskonzepten zum Ausgangs- oder Mittelpunkt der Analyse, sondern die jeweiligen Herrschaftszusammenhänge: Die Analyse – eine Abstraktionsebene konkreter – ist als Ländervergleich angelegt und beschränkt sich auf Kolumbien und Mexiko in den Jahren ab 2002 bzw. 2006, als die Regierungen jeweils eine spezifische Bearbeitung des Ge-

17 Nicht alle Staaten, deren Einbindung in den Weltmarkt heute ähnlich „untergeordnet“ ist, sind tatsächlich frühere Kolonien. Umgekehrt sind nicht alle ehemaligen Kolonien als „abhängig“ zu bezeichnen. Der Begriff des „Globalen Südens“ und „Nordens“ bezeichnet hingegen eher ein kritisches Verständnis von Ungleichheitsverhältnissen, die sowohl im sogenannten „Norden“ wie im sogenannten „Süden“ aufzufinden sind. Obwohl diese Kategorien demnach nicht a priori verallgemeinerbar sind, kann die Arbeit zu einem Verständnis von Staatlichkeit in weiteren Regionen der Welt beitragen, in denen ähnliche Bedingungen eine Rolle spielen.

waltproblems ankündigten. Welche unterschiedlichen, möglicherweise konfligierenden (Hegemonie-)Projekte lassen sich am Politikfeld „Un-/Sicherheit“ verdeutlichen?

Es ergibt sich die Frage, inwiefern sich in beiden Ländern ein – unterschiedlich ausgeprägtes – autoritäres Projekt durchsetzt, in dem sich Elemente für eine auf Dauer gestellte Staatsform zeigen. Hierfür erlangt der intersektional verstandene Begriff gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Brand 2011) zentrale Bedeutung (Kap. II): Mittels diesem wird ausgelotet, wie Herrschaftsausübung sich verändert und in der Gewichtung und Anordnung von Staatsapparaten und eingesetzten staatlichen Mitteln artikuliert. Entsprechend fragt die Arbeit, wie jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte und strategische Akteure zum vorherrschenden Projekt und zur Regierungspolitik stehen. Welchen Zugang haben sie zu staatlichen Entscheidungszentren? Die Bearbeitung des exemplarischen Politikfelds „Un-/Sicherheit“ ermöglicht präzise Aussagen über die materielle Verdichtung der Kräfterelationen in die politischen und juristischen Institutionen und die Umgestaltung staatlicher Politik.

Die Arbeit analysiert veränderte Staatlichkeit in Kolumbien und Mexiko komparativ anhand des Politikfeldes „Un-/Sicherheit“. Ein vergleichendes Design sucht nicht nur die Beobachtungen in beiden Fällen zu beschreiben und zu systematisieren, sondern soll vor allem Zusammenhänge (evtl. Transfers) verdeutlichen, indem es Gemeinsamkeiten und Unterschiede differenziert. Ziel der Studie, die nicht Individuen, sondern ein Politikfeld zur Grundlage hat, sind Aussagen auf der Makro-Ebene. Im Vordergrund steht das Interesse, empirische Zusammenhänge nachvollziehen zu können – nicht einzelne Faktoren zu isolieren: Dabei ist die bewusste und gezielte Fallauswahl aus inhaltlichen Gründen entscheidend – ähnlich dem, was Lauth (2009: 64) für eine Auswahl archetypischer Fälle nennt. Beide Länder hat bereits die Transitionsforschung als Ausnahmefälle mit fortbestehenden autoritären Zügen interpretiert (Zinecker 2007: 95). „Doch im Unterschied zu diesen geht es weniger um die frühzeitige Identifizierung von später repräsentativen Fällen als um das mit ihnen verbundene theoretische Potenzial“, das „für weitere Untersuchungen richtungsweisend“ (Lauth et al. 2009: 64f.) sein kann – dort aber wieder mit dem empirischen Kontext verglichen werden muss. Da hier ein dynamisches Forschungssetting angenommen wird, das nicht laborartig kontrolliert werden kann, sind die Konzepte jeweils wieder abzugleichen. In jedem Einzelfall muss versucht werden, die Bedingungen zu identifizieren, unter denen sich der Umbau staatlicher Un-/Sicherheitspolitik vollzog. Dabei wird ein permanent vergleichender Blick in der Auswertung von (unterschiedlichen) Daten angelegt. „Vergleichend“ ist die Herangehensweise in vielfacher Hinsicht: Im „inhärenten Vergleich“ zwischen a-priori-Wissen und dem konkreten Kontext, der sonst meist unausgesprochen bleibt, spielt die Verortung der Forscherin eine Rolle (vgl. Yanow 2013: 20ff.): In diesem



Fall war Mexiko gleichsam das zusätzliche setting, das „mehr Licht“ auf die Frage „werfen konnte“ (Yanow 2013: 26), wie Staatlichkeit sich in Lateinamerika heute ausgestaltet ist. Die Kenntnis über Staatstransformation in Kolumbien diente als Hintergrundfolie und Bezugsrahmen, auch wenn im Verlauf der Studie neu erhobene Daten verglichen wurden.

Aus dieser vergleichenden Perspektive ergeben sich im Forschungsverlauf zusätzliche Dimensionen der Analyse. Der Vergleich zwischen gerade diesen beiden Ländern bietet sich an, da sich -- wie bereits skizziert -- in beiden Ländern trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher und historischer Voraussetzungen ähnliche Veränderungsprozesse in Bezug auf die Ausgestaltung des Staates vollziehen; zudem spielt in beiden Ländern bspw. seit Jahrzehnten der Drogenhandel eine große wirtschaftliche Rolle. Innerhalb einer Region weisen diese beiden Länder eine sehr unterschiedliche Geschichte auf (z.B. in Bezug auf Entwicklungsparadigma, Herrschaftsmodalitäten oder Repräsentation). Nun findet offensichtlich eine Relativierung historischer Legate statt, die – davon wird ausgegangen – über die aktuelle Konjunktur hinaus weist. Auch wenn sich diese höchstwahrscheinlich unterschiedlich darstellt (ebd.: 26), ist in beiden Ländern immer wieder von „Brüchen“ (Pécaut 2004: 73; Sterr 2008), „Transformation“, „Metamorphose“ (Aristizábal 2007) die Rede. Die vergleichende Perspektive kann u.U. kontextspezifische Ursachen beleuchten und mögliche Perspektiven aufzeigen. Bei einer Fallzahl von zwei Ländern ist dies mit akzeptablem Aufwand möglich.

Auf hoher Abstraktionsebene stellt die Arbeit die Frage nach einem Verständnis von Staatlichkeit in den untersuchten Fällen oder allgemeiner in post-kolonialen Staaten – an dieses kann man sich nur annähern; andere Antworten sind möglich. Kapitel I vertieft daher auf theoretischer Ebene die Problematik von defizitär erscheinenden Formen von Staatlichkeit in ehemaligen Kolonien. Das Kapitel fragt, wie Staatlichkeit in Lateinamerika und ihre Transformationen bisher erklärt wurden, erörtert und erweitert nützliche Konzepte: Der an Poulantzas orientierte staats-theoretische Ansatz und regulationstheoretische Begriffe bieten eine allgemeine Verständnisebene, während die Diskussion lateinamerikanischer Ansätze auslotet, mit welchen (komplementären) Kategorien ein solcher staats-theoretischer Ansatz heute und im Kontext der beiden Fälle erweitert/konfrontiert werden muss, um die Ausprägungen von Staatlichkeit adäquat zu erfassen.

Die vier Analyseschritte Kannankulam/Georgis (2012) für die Analyse auf konkreter Ebene stellt Kap. II vor, zu Material und Auswertung der Daten Kap. II.2. Ein Zwischenschritt ist die Kontextanalyse in Kap III: Welche historische Konstanten für staatliche Herrschaft in Mexiko und Kolumbien, welche Brüche können wir feststellen? Kap. IV untersucht die sozialstrukturellen Veränderungen und das Gewicht der illegalen Ökonomie seit den 80er Jahren und verdeutlicht für das Politikfeld „Un-/Sicherheit“ relevante Kräfte- und Akteurskonstellationen. Die qualitativ-

interpretative Analyse der beiden Fälle in Kapitel V stützt sich auf Interviews, Zeitungsartikel und Dokumente. Kap V konkretisiert die Analyse des Politikfelds: Wie stehen jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte und strategische Akteure zum vorherrschenden Projekt und zur Regierungspolitik in diesem Feld? Welche dieser Kräftekonstellationen haben welchen Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren? Wie schreiben sich diese in staatlicher Politik bzw. gesetzlich fest, „verdichten“ sich? Schließlich trifft Kapitel VI Aussagen darüber, inwiefern sich in beiden Ländern ein unterschiedlich ausgeprägtes (Hegemonie-)Projekt mit spezifischen Herrschaftsmodalitäten und Interventionsmechanismen durchsetzen kann, in dem sich Elemente für eine auf Dauer gestellte Staatsform zeigen. Das Kapitel bündelt Aussagen auf den verschiedenen Abstraktionsebenen und verdeutlicht noch einmal, was der staatstheoretische Ansatz herausarbeiten kann. Eine dauerhaft autoritäre Krisenbearbeitung besteht in beiden Ländern fort, und doch wurde sie so umgebaut, dass sich von der Transformation von Staatlichkeit sprechen lässt: Anders als bisherige Studien kann die komparative Arbeit aufzeigen, wie das dominante Staatsprojekt sich – zwischen militärischer Bearbeitung und Aushandlungsprozessen um Hegemonie – immer mehr auf das Nicht-Bestehen eines Gewaltmonopols stützt und selbst Unsicherheit produziert: Staatliche Kräfte bekämpfen die gesellschaftliche Unordnung gewaltvoll, innerhalb wie außerhalb der Legalität. Die jeweils vorherrschenden Politikstrategien beinhalten eine klare raumpolitische Dimension: Ein Produktionsmodell, das in großem Ausmaß auf kapital- und technologie-intensiven Exporten der Agrarindustrie und Exporten von Bodenschätzen beruht und die gewaltsame Aneignung von Land mit einschließt und begünstigt, festigt sich und steht im Spannungsverhältnis mit noch bestehenden kleinbäuerlichen Strukturen. Dieses Spannungsverhältnis drückt sich zudem in unvereinbaren Sicherheitsbegriffen aus. Setzten sich in Kolumbien konservative, regionale Kräfte mit (belegbaren) Verbindungen in die illegale Ökonomie temporär durch, blieb in Mexiko die autoritäre Bearbeitung innerhalb des staatlichen Ensembles ohne konsensuale Basis.

## **FORSCHUNGSPRAXIS: ZUGANG ZUM GEGENSTAND IM KONTEXT VON KOLONIALITÄT**

Forschungsprozesse beruhen immer auf impliziten Annahmen. Das heißt auch, die Forscherin ist nicht ein „objektiver, wissender, politisch neutraler Beobachter, der außerhalb und über dem Text seiner Forschung stünde“ (Gibbs 2007: 91; vgl. dazu auch Schwartz-Shea/Yanow 2011). Epistemologisch heißt es, dass der Standpunkt der Forscherin „unweigerlich den Interpretationsprozess“ (Kruse 2010: 190) mitbestimmt. Dieser Standpunkt soll hier nicht implizit mitschwingen, sondern explizit gemacht werden: Vorannahmen, unterschiedliche Zugänge in der Datenerhebung

und Veränderungen der Interpretationen fließen ausdrücklich in die Analyse mit ein (Gibbs 2007: 92). Das heißt nicht, dass die Forschung weniger präzise wäre, sondern diese explizite Positionierung verdeutlicht das Bewusstsein der Forscherin, dass sie nicht aus dem leeren Raum auf ihren Gegenstand trifft, sondern einen spezifischen – meist impliziten – institutionellen, geographischen oder gender-Hintergrund hat, sich also ebenfalls in Machtverhältnissen bewegt. Gleichzeitig waren Positionspapiere unterschiedlicher Gruppen, die Interessenlagen deutlich machen, und die Arbeiten von Journalist/-innen aus dem jeweiligen Kontext notwendige Quellen. Diese Quellen und Sichtweisen konnten die eigenen Interpretationen ergänzen oder diesen widersprechen und sie korrigieren.

Andererseits beeinflusst die Positionierung der Forscherin im „Feld“ („weiß“<sup>18</sup>/„wohlhabend“/„weiblich“/„Akademikerin“) die eigenen Spielräume (vgl. Oettler 2008: 17). Qualitative Interviews und teilnehmende Beobachtung gehen ohnehin miteinander einher; die Forscherin kann die eigene Vorprägung nie vollständig ablegen (ebd.: 12). Kaltmeier (2012) nennt drei Elemente, die in einem quasi-kolonialen Forschungszusammenhang eine Rolle spielen müssen: Die bereits genannte Selbstreflexivität, die Tatsache, dass Forschung ein Gemeinschaftsprodukt bleibt, und das Bewusstsein darüber, dass Forschungsvorhaben politische Akte darstellen, denn sie greifen ja mit spezifischen Einschätzungen in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs ein. Dies impliziert wiederum Flexibilität in der eigenen Forschung als Grundhaltung, die Korrekturen und Anpassungen ermöglicht. Damit geht im post-kolonialen Kontext die Haltung einher, die in einem spezifischen europäischen Kontext entstandenen Konzepte nicht zu nutzen, ohne sie kritisch zu hinterfragen. Sich von europäischen kritischen Theorietraditionen zu *distanzieren* (Hervorh. A.J.) heißt nun keineswegs, diese völlig zu verwerfen (vgl. Sousa Santos 2010: 39ff.). Die programmatische Frage für die wissenschaftliche Perspektive aus einer „europäischen Kultur“ heraus ist dann, wie bestmöglich die für eine kritische Analyse nützlichen Elemente einer „westlichen“ Theoriebildung damit verbunden werden können, Konzepte und Diversität der Weltanschauungen anzuerkennen, „die erstere autoritär als nicht zivilisiert, unwissend, überflüssig, minderwertig oder unproduktiv“ kennzeichnete (ebd.: 56). Die Antwort impliziert, im postkolonialen Kontext geprägte Konzepte – wie etwa *territorio* oder *colonialidad* – durchaus nicht unkritisch aufzunehmen (Kap. I.3). Diese lateinamerikanische Wissensproduktion wird im europäischen, mindestens im deutschsprachigen Kontext weiterhin höchst selektiv rezipiert.

Im Sinne der skizzierten Prämissen (vgl. Kaltmeier 2012) wird die Teilnahme an Kongressen kleinbäuerlicher, indigener (und in Kolumbien afrokolumbianischer) Basisbewegungen in beiden Ländern nicht als Verlust von Distanz, sondern als

---

18 Derlei Kategorien sind selbstverständlich soziale Konstruktionen (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2010; Costa 2013).

wertvolle Bereicherung und Anstoß zum permanenten Hinterfragen der eigenen Position als „Akademikerin“ verstanden – zudem kann so u.U. die gegenseitige Blindheit überwunden werden, die Sousa Santos (vgl. 2010: 38) dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis attestiert. Insofern bedient sich die Analyse mehrerer Elemente, die häufig immer noch hauptsächlich ethnographischen Methoden zugeordnet werden (vgl. Kap. II). Das Erkenntnisinteresse war selbstverständlich auch hierbei ausschlaggebend, können die Teilnehmenden doch als Expert/-innen für das jeweilige „Feld“ gelten, das sonst einer wissenschaftlichen Betrachtung verschlossen bleibt. Sie schaffen die Verbindung der folgenden theoretischen Überlegungen zum empirischen Kontext.